

Oesterreich-Ungarn

Konferenz

vom 25. November 1905, morgen.



Oesterreich. Ungarn.

Konferenz v. 25. Nov. 1905.

(morgens 10 Uhr)

Anwesend: Die Herren Bundesräte Deucher & Buchet;
die Herren Delegierten Künzli, Frey und Dr. Laur, und von
der Handelsabteilung die Herren Dr. Eichmann & P. Thomaun.

Herr Deucher begrüßt als Vorsitzender die Teilnehmer und weist auf die unangenehme Lage hin, die durch die Unterbrechung der Verhandlungen in Wien geschaffen worden ist. Nachdem er noch die letzten Delegationsberichte kurz erwähnt und ein Schreiben der Gesandtschaft in Wien hat vorlesen lassen, erteilt er das Wort zur Berichterstattung an Herrn Frey, der sein Referat kurz fassen zu können glaubt, da die Anwesenden über den Stand der Dinge bereits aufgeklärt seien. Bald nach Einholung unserer letzten Instruktionen konnte man die Wahrnehmung machen, daß eine Einigung nicht möglich sei. Soweit der ö.-u. Tarif in Frage kommt, ist zu sagen, daß Ö. U. nur wohl^{befriedigende} Zugeständnisse auf einigen Spezialitäten gemacht hat, so für Phantaziegeflechte, Gesundheitskrepp, Käse, Uhren und eine Reihe untergeordneter Artikel; daß es aber für alle andern Produkte Zugeständnisse verweigert, oder doch nur solche Anerbieten macht, daß bei deren Annahme jeder Export aufhören müßte. Dabei ist zu wiederholen, daß selbst der Status quo in Anbetracht der gänzlich veränderten Produktionsverhältnisse unserem Exporte nicht mehr genügen könnte.

Ö. U. beharrt meistens auf den Ansätzen, die es mit Deutschland vereinbart hat. Unter solchen Verhältnissen ist an einen Vertrag kurzzeit nicht zu denken.

Für schweizerischen Tarif sind die wichtigsten Positionen noch offen; die Frage der Keltertrauben ist durch Verzicht erledigt.

Die Positionen Holz, Buchenholzmöbel, Pappe sind noch offen; bei den übrigen scheint eine Verständigung möglich. Der Bundesrat hat uns ermächtigt, mit dem Schnittwarenzoll auf 90 Rp. zurückzugehen, wenn O. U. unsere Forderungen auf den Hauptpositionen erfülle. Wenn wir irgendwie das Gefühl gehabt hätten, durch ein solches Zugeständnis eine Verständigung zu ermöglichen, so hätten wir selber den Antrag auf Reduktion des Holzollers gestellt; allein es besteht wirklich auch gar keine Aussicht. O. U. verschauelt sich immer hinter Deutschland und sagt uns, daß wir nicht besseres Recht sein könnten als dieses.

O. U. verspricht dabei, daß wir ihm durch unsere Konzessionen auf Malz, Vieh, Schnittwaren usw. nicht nur die Erhaltung seines bisherigen Exportes nach der Schweiz, sondern sogar dessen Vergrößerung garantieren. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als die Frage des Provisoriums zu prüfen. Es ist aber bekannt, wie weit hierin die beiderseitigen Vorschläge auseinandergehen. O. U. will ein Provisorium, das über den 1. März 1906 hinaus dauert, worin es uns zu beweisen glaubt, daß die Befürchtungen über die Erhöhungen seiner Zölle unbegründet seien. Es offeriert ein Provisorium mit einer Dauer von 6-8 Monaten, auf der Basis der freien Meistbegünstigung; dabei soll die Schweiz auf die durch den Vertrag vom Jahre 1891 festgelegten Vergünstigungen verzichten. Was das für unseren Export von Käse, Schokolade, Uhren usw. für Folgen hätte, ist angesichts der Sacheinlichkeit. Wir haben dagegen erklärt, daß wir uns auf eine solche Basis unter keinen Umständen einlassen könnten und haben ein Provisorium bis Ende Februar vorgeschlagen, wobei O. U. bei uns die Meistbegünstigung plus diejenigen Ermäßigungen genießen würde, die wir ihm bis zur Unterbrechung der Verhandlungen gewährt haben.

O. U. will sich unter keinen Umständen solche Zugeständnisse gefallen lassen; sie seien nicht in

der Lage, ihnen beiden Regierungen unsere Vorschläge auch nur zu unterbreiten, weihen sie vielmehr von sich aus von der Hand und übernehmen die Folgen auf eigene Verantwortung.

Dabei ist zu bemerken, daß Spanien sich nicht geweigert hat, ein Provisorium mit noch andern Dingen bis zum 1. März 1906 anzunehmen, und daß uns Frankreich im Jahre 1895 gegen die reine Meistbegünstigung eine ganze Reihe von Ermäßigungen auf seinem Minimaltarif zugestanden hat. Was Frankreich für mehrere Jahre getan hat, das kann O. U. für ein kurzes Provisorium auch tun.

Die O. U. Delegation hat uns gebeten, sobald als möglich einen Entscheid herbeizuführen, ob Provisorium oder Vertrag, damit es sich auf jede Eventualität rüsten könne; und hat uns erklärt, daß es den Zollkrieg einem Provisorium auf der von uns gegebenen Grundlage vorziehe.

Wir haben das Gefühl, daß wenn wir unsere Basis für ein Provisorium zugunsten derjenigen O. U. fahren lassen, das Schicksal des Vertrages besiegelt ist. Wenn wir jede Hoffnung fahren lassen müssen, einen Vertrag zu erhalten, der uns einen bessern Abraz bringen könnte, so wollen wir lieber gar keinen Vertrag.

Bei den Verhandlungen in Wien hat unsere Delegation sich stets der Sachlichkeit beflissen, während die O. U. Delegation ihrem Unmut, ihrem Aerger, ja ihrem Zorn in Redeverwendungen Luft machte, die bei einem solchen Anlasse mindestens imangebracht sind, um einen treffenderen Ausdruck zu vermeiden.

Herr Dr. Laur. Wir sind auch bei den landwirtschaftlichen Positionen zumteil auf große Schwierigkeiten gestossen. Bei verschiedenen Positionen hieß schon gleich anfangs, das sei eine conditione sine qua non; wir haben aber bald gemerkt, daß die Sache nicht ganz so tragisch aufzu-

fassen sei. O.-U. hat allmählich nachgegeben und auf seine Forderung für die Keltertrauben ganz verzichtet. Auch die Forderung des Status quo für Holz hat die ö.-u. Delegation fallen gelassen und ist 5 Rp. hinaufgegangen, ein Zeichen für die Wahrscheinlichkeit weiteren Entgegenkommens.

Aus diesen Gründen glaube ich darauf schließen zu dürfen, daß die Hauptschwierigkeiten beim industriellen Export liegen und daß wegen der Landwirtschaft die schwierige Lage nicht hätte herbeigeführt werden müssen.

Herr Hüweli möchte sich aussprechen über das, was nun geschehen soll; da aber noch verschiedene Mitteilungen zu machen sind, ergreift das Wort zunächst

Herr Deucher, der zunächst auf die Auslassungen des Herrn Dr. Lamm konstatiert, daß die Landwirtschaft doch nicht ganz so unschuldig dastehe, wie behauptet worden sei. Er hat vielmehr das Gefühl, die Hauptschwierigkeit liege beim Holz, was auch aus den Unterredungen mit Herrn Minister Heidler hervorgehe, der in der letzten Zeit immer nur vom Holz gesprochen und von den Möbeln. Es ist richtig, daß Schwierigkeiten bestehen für den industriellen Export, namentlich für Baumwollgarne, Strickereien, Maschinen und Seide. Der Bundesrat hat sich auf den Standpunkt gestellt: Wenn wir im Holz überhaupt noch nachgeben, so geschieht es einzig gegen Erfüllung unserer Forderungen für jene 4 Hauptpositionen; wir betrachten diese vier Positionen als etwas ganzes, unteilbares. Herr Heidler hat immer wieder die Baumwollgarne herausgegriffen und sich auf England berufen, und jedesmal besaß er eine Telegramm seiner Regierung, worauf er sich berief. Ich habe das Gefühl, O.-U. werde beim Holz noch ziemlich nachgeben und nur bei den industriellen Forderungen entgegenkommen, ausgenommen bei den Baumwollgarnen, worin nichts zu erwarten ist.

Herr Heidler hat auch wiederholt betont, sein Ministerium könne nicht begreifen, daß die Schweiz

von O-U. Konzessionen unter dem Status quo verlange, während ^{sich} überall Erhöhungen, namentlich beim Floze, gefallen lassen sollte.

Ich hielt ihm entgegen, daß unser bisherige Tarif so niedrig war, daß die Erhöhungen im neuen Tarife gegenüber den Anzügen Deutschlands & Oesterreichs relativ immer noch sehr mäßig seien. Deutschland habe diese Gründe anerkannt und in letzter Stunde eine Einigung ermöglicht.

Herr Heidler merkte auch, die Schweiz betrachte O-U. als Quantité négligeable, nachdem sie ihre Verträge mit Deutschland & Italien im Reinen habe; nun soll O-U. das Opfer sein.

Die Äußerungen Roeslers in der letzten Sitzung erwecken das Gefühl, daß beim Handelsministerium die Tendenz herrscht: „die Schweiz muß nachgeben.“ Für Auswärtigen Ante dagegen scheint man etwas andere Meinung zu sein: „Die Schweiz sollte O-U. noch etwas entgegenkommen, dann wäre ein Vertrag möglich.“

Die Frage ist nun: Was soll weiter geschehen; sollen wir O-U. ein Provisorium vorschlagen, und wie soll dieses lauten? Das Wort schält zunächst

Herr Künzli. Ein Provisorium ist gar nicht zu erreichen: Was wir wollen, lehnt O-U. ab, und was dieses will, können wir auf keinen Fall annehmen. Hier müssen daher von einem Provisorium absehen und uns für den 1. Januar auf den Zollkrieg rüsten. Die Industrie muß rechtzeitig benachrichtigt werden, daß ein Bruch zu erwarten ist. Nun glaube ich aber, man sollte O-U. vorschlagen, da man sich provisorisch nicht einigen könne, einen letzten Versuch zur Verständigung über einen definitiven Vertrag zu machen. Unser Programm könnte noch etwas zurückgeschritten werden. Denn auch ein nur halbwegs annehmbarer Vertrag ist immer noch besser als Zollkrieg.

Von seiten des Departements wären die Interessenten nochmals zu hören und einzuladen, zur Feständigung die Hand zu bieten. Beim Baumwollgarn sollte man noch etwas entgegenkommen; wie weit das möglich ist bei Seide, Maschinen, Stickereien, etc., weis ich nicht. Bei der Stickerei schreibe mir eine Einigung möglich, wenn die unverminftige Klausel wegen der Zutaten nicht wäre. Um dem Käse Vorteile zu verschaffen, müssen wir auf dem Holze etwas nachlassen; aber mit 10 Rappen werden wir nicht alle Vorteile einkaufen. Wissen die Österreicher von dem Franken, den wir Deutschland im Geheimprotokoll zugestanden haben? Sie wollen unter diesen Franken kommen; aber wie weit könnten wir gehen? Es kommen ja meistens Interessen von Kantonen und Gemeinden in Frage, und auf den Bezug von geschützten Holzwaren werden wir immer angewiesen sein. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir mit dem Schnittwarenyolle mindestens auf 85 Rappen zurückgehen.

Herr Deucher erklärt, dass schon in Bundesrate eine Minderheit, der er nicht angehört, diesen Antrag gewollt habe. Herr Heidler weiß, dass wir auf 90 Rappen gehen wollen.

Herr Künzli, Man könnte alles das zusammenstellen, was wir noch geben wollen und dann an O. U. eine Art Ultimatum richten.

Herr Dr. Laur. Wenn noch Aussicht vorhanden wäre, zu einem definitiven Vertrage zu kommen, könnte ich mich unter Umständen mit dem Vorschlage des Herrn Oberst Künzli befreunden. Die Landwirtschaft könnte es nicht ablehnen, beim Holze noch etwas zu leiden; es müsste dann aber beim Käse dahin gewirkt werden, dass wir erheblich unter den Status quo kämen. Ich habe das Gefühl, dies sei möglich, weshalb ich auch in Wien die Meinung vertreten habe, nicht abzugeben, um,

vielleicht auf dem von Herrn Oberst Künzli vorgezeichneten Wege, doch noch zu einer Verständigung zu gelangen. Der erste Versuch hierfür war unsere Depesche, worauf dann allerdings die Antwort der Interessenten kam: Höher zu gehen sei nutzlos. Die Baumwollgarne haben dann dem Gasse noch vollends den Boden herangeschlagen, worauf sich die Opposition gegen den Abbruch fallen ließ. Daß man eine Einigung auf diplomatischem Wege erzielen könnte, halte ich nicht für möglich. Es werden wieder neue persönliche Verhandlungen erforderlich sein; anders wird es kaum gehen. Nun kommt aber die Rücksicht auf Frankreich hinzu, und es wird daher geboten sein, nach einem Provisorium zu streben. Aber wie es O.-U. vorschlägt, ist es vollständig unannehmbar. Die öst. Delegation hat von einer Demütigung gesprochen, die unser Vorschlag ihrem Lande bereite. Ihre Propositionen verdienen aber eine viel schärfere Bezeichnung. Die österreichische Meistbegünstigung bedeutet für uns nichts, unsere Meistbegünstigung für O.-U. alles.

Die gegenwärtige Lage wird schließlich zum Zollkriege führen müssen. Die Landwirtschaft trägt keine Bedenken, auch für den Käse nicht, einen Zollkrieg über sich ergehen zu lassen. Die Hälfte des bisherigen Käseexportes werden wir auch bei einem Zollkriege noch erreichen. Und wenn die österreichischen Ochsen fernbleiben, so kommen wir sowieso wieder auf unsere Rechnung. Die Landwirtschaft kann daher ganz ruhig auf einen Zollkrieg eingehen. Aber vom allgemeinen Standpunkte aus scheint mir ein solcher nicht viel Wert zu haben, wird aber unvermeidlich sein, wenn O.-U. auf seiner Forderung zum Provisorium beharrt.

Herr Frey. Es ist mir neu, daß der ö.-u. Gesandte weiß, daß wir mit dem Schnittwarenzoll auf 90 Rp. zu gehen gedenken. In Wien haben wir instruktionsgemäß rundweg erklärt, daß wir von 1/2 nicht abgehen könnten.

Wenn die östr. Gesandtschaft von diesem Beschlusse Kenntnis hatte, so begriffe ich auch, daß man uns keine Konzessionen mehr machen wollte, und ich erkläre hier, daß wenn man auch auf 80 Rp gehen würde, ich persönlich alles tun werde, um einen solchen Vertrag zu Falle zu bringen. Denn ich kann ein solches Dokument nicht unterschreiben, das uns nur Schaden bringen würde.

Wenn wir die Vorschläge O.-U. für ein Provisorium annehmen wollen, dann akzeptieren wir grade alles. Ich habe die Überzeugung, daß ein Provisorium auf der von uns vorgeschlagenen Basis der Einfuhr aus O.-U. keinen Abbruch zur Folge hätte. Die Opposition in O.-U. ist so groß, daß die Regierung schließlich nachgeben muß. Denn der östr. Export nach der Schweiz setzt sich zum weitaus größten Teile zusammen aus Waren, die von Tag zu Tag abgeschoben werden müssen: Zucker, Vieh, Holz, Bier, Getreide, Geflügel, etc. Bei uns liegt der Fall anders: Käse, Uhren, Seidenwaren, Stickereien, Maschinen, Teerfarben, etc. werden einen Zollkrieg leicht ertragen. Für Teerfarben wird die Ausfuhr sowieso aufhören. Ein Vertrag, wie ihn O.-U. anbietet ist unannehmbar und unserer Stellung unwürdig.

Hier sind zurzeit bei allen wichtigen Positionen noch so weit auseinander, daß selbst bei Anwendung von scharfen Mitteln nicht zu erwarten ist, daß O.-U. uns besseres anbietet. Es sind auch Rücksichten territorialer Art zu tragen: es wäre gegenüber Basel ein Vertrag mit dem bis jetzt noch bestehenden Aussichten einfach nicht zu verantworten.

Was uns O.-U. z. B. für Maschinen und Stickereien geboten hat, ist der reinste Hohn, bloße Spiegelfechterei. In diesen beiden wichtigsten Kategorien sollten wir einen dreimal höheren Zoll annehmen als bisher; das sind nur Konzessionen auf dem Papier, aber praktischen Wert haben sie nicht.

Ich bin der Meinung, daß unter Berücksichtigung

der schwierigen Verhältnisse zu Frankreich, ein Zollkrieg mit O.-U. ein Ding der Notwendigkeit sei. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß O.-U. am 31. Dezember noch in letzter Stunde ein Provisorium auf der von uns gestellten Basis annehmen werde, hat man uns in Wien gesagt.

Sind wir nach einem Zollkriege drei Geschlagenen, dann werden wir nun einen Vertrag nachsuchen; sind die anderen geschlagen, so werden wir die Bedingungen stellen. Es kann sich doch nicht darum handeln, unter allen Umständen einen Vertrag zu haben, wenn dieser uns doch keine Vorteile brächte.

Trotzdem ich sehr zum Frieden geneigt bin, bin ich doch der Meinung, daß hier einmal ernst gemacht werden müsse.

Herr Deucher: Für mich ist es erforderlich, daß wir die Interessenten erst noch einmal hören. Für wen machen wir den Vertrag? Für unsere Exportindustrie! Sagt diese, wie ein Teil von ihr es bereits getan, wir wollen lieber keinen Vertrag als den uns von O.-U. angebotenen, dann könnte ich mich auch entschließen zum Verzicht. Wenn sich aber die Interessenten noch zu weiteren Konzessionen herbeilassen würden, so wären diese in einer Art Ultimatum an O.-U. zu richten. Ich glaube aber selbst nicht mehr an die Möglichkeit eines definitiven Vertragschlusses bis zum Ende dieses Jahres, weshalb von Neujahr an ein Provisorium notwendig werden wird. Man sollte aber mit einem Bundesratsbeschlusse auch in dieser Angelegenheit zuwarten bis nach Anhörung der Interessenten. Ein Provisorium ist aber nur denkbar auf der von unserer Delegation vorgeschlagenen Basis.

Herr Hünneli macht darauf aufmerksam, wie vorsichtig man immer sein müsse. Noch in der Sitzung vom letzten Montag fragte mich Mihalowich: „Haben Sie uns wirklich nichts mehr zu sagen mit Bezug auf die Holzölle?“ Ich ant-

wortete ihm, der Bundesrat habe uns zu keinen weiteren Konzessionen ermächtigt; er studiere aber die Frage noch. Herr Deucher konstatiert, daß er die Mitteilung an Herrn Heidler (Schnittwarenrolle von 90 Rp.) im Einverständnisse mit dem Bundesrate gemacht, und zwar nur mit den Worten: Der Bundesrat werde erwägen, ob man mit dem Schnittwarenzolle auf 90 Rp. gehen könne.

Herr Heidler hat mir bei diesem Anlasse gesagt: „Ja, wissen Sie, Herr Frey kennt die Sache nach allen Richtungen; aber er steht an der Spitze einer Verschwörung von Industriellen und handelt unter dem Drucke dieser Verschwörung.“

Ich erwidere ihm, das sei keine Verschwörung; Herr Frey vertrate bloß den Bundesrat und handle nach dessen Instruktionen, die allerdings unter dem Drucke der Industriellen aufgestellt worden seien.

Herr Frey. Ich habe es den Herren in Wien auch gesagt: „Ihr mißt an der schweizerischen Delegation.“ Sie stehen unter dem knabenhaften Eindrucke, als ob wir als Triumphtoren von Bern nach Wien gereist wären. Wir sind Männer wie sie; wir sind keine Kinder und kennen unsere Pflicht gegenüber dem Lande, das wir vertreten! — Herr Roeseler sprach in den letzten Sitzungen wiederholt von einem schön aufgeputzten Betrage, den wir nach Hause bringen möchten...

Die Verhandlungen über ein Provisorium scheinen mir unabhängig zu sein von einem eventuellen weiteren Versuche, in nächster Zeit zu einem definitiven Betrage zu gelangen. Wir müssen aber bald eine klare Situation erhalten. Wenn wir das Provisorium in der Schwebe lassen und ein leuchtendes Ultimatum an O. U. richten, so werden wir nicht weit kommen. Ich mache aber kein Hehl daraus, daß unsere Interessen der Spinnerei, der Seiden-, Baumwollen- und Maschinenindustrie noch weitere Zugeständnisse machen müssen; auf der bis jetzt offerirten Basis kann O. U. keinen

Vertrag eingehen. Das sage ich aber nur hier und werde es sonst keinem Menschen sagen.

Hier sollten O-U. sofort notifizieren: Was das Provisorium anbelangt, halten wir daran fest, daß wir uns nicht über den 1. März 1906 hinaus engagieren lassen, und verlangen, was wir bisher gefordert haben. Die Entscheidung überlassen wir dann O-U.

Herrn O-U. das Bedürfnis hat, weiter zu verhandeln, wird es dies zu erkennen geben.

Herr Deucher. Hier werden dem Bundesrat am nächsten Dienstag einen Antrag zum Provisorium einreichen und dann am Mittwoch die Interessenten anhören. Es liegt in unserer Interesse, in der Provisoriumsangelegenheit eine Antwort zu geben.

Herr Dr. Eichmann. Mir hat der Antrag des Herrn Oberst Künzli am besten gefallen. Ich habe von Anfang den Eindruck gehabt, man werde schließlich doch noch dazu kommen, die Frage des Status quo beim Holzvolle zu prüfen und damit erreichen, daß O-U. aus seiner Reserve heraustritt. Ich habe zwar nicht gewagt, unbedingt zu hoffen, daß man beim Holze ganz oder teilweise nachgeben wolle, habe aber die Überzeugung, daß, wenn wir an O-U. die bestimmte Frage stellen: „Was gebt ihr uns noch für die industriellen Positionen, wenn wir euch den Status quo für Holz geben?“ wir auch eine bestimmte Antwort erhalten werden. Sagen sie: „Wir können die Forderungen für Maschinen, Baumwollgarne, etc. nicht erfüllen“, so werden wir doch eine klare Situation haben. Geben sie aber zur Antwort: „Bis jetzt habt ihr uns immer erklärt, für Holz nichts mehr zu geben und uns unter dem Eindrucke gelassen, daß nichts zu hoffen sei; nun, wenn ihr da entgegenkommen wollt, wollen wir sehen, was noch getan werden kann und wollen mit dem Aufsehen heraus“, dann wäre die Grundlage für neue Unterhandlungen über einen definitiven Vertrag geboten.

Ich gestehe offen, die letzten Berichte der Delegation haben auch in mir den Eindruck erweckt, daß es sich bei O-U. um absoluten Widerstand handelt; aber dennoch bin ich mit Herrn Ober Künzli der Ansicht, man sollte noch einen letzten Versuch machen, um eine Basis für den definitiven Vertrag zu finden; indem man an O-U. die bestimmte Frage richtet, was es gegen den Status quo beim Stöge geben würde.

Wenn man schon auf 85 oder 80 Rappen gehen will, so soll man doch gleich zum Status quo zurückkehren. Es ist anzuerkennen, daß es für O-U. wirklich eine schwere Situation bedeutet; denn die einzige wertvolle Konzession kann ihm nur auf dem Stöge gemacht werden. Auf Vieh & Weis hat es ja verzichtet, Forderungen zu stellen. Beim Stöge steht es vor unserer Weigerung und wird mit seinen Zugeständnissen nicht herausrücken, wenn wir ihm nicht entgegenkommen.

Ich verspreche mir wertliche Erfolge von unserer letzten Aufgabe; es handelt sich für O-U. nicht einzig um die paar Rappen Zoll; es ist eine parlamentarische Formfrage. Nun hat Herr Frey, und haben die andern Herren erklärt, es bleibe uns ja doch keine Zeit mehr, um eine Basis zu finden für einen definitiven Vertrag. Das mag sein, indem man nicht mehr vor Jahres-schluss alle Einzelheiten abmachen könnte. Aber ich habe mir gedacht, wenn es möglich wäre, sich auf einer Grundlage zu einigen, so könnte man die bezüglichen Abmachungen vorläufig ins Provisorium hineinnehmen, um sie später dem definitiven Vertrage anzugliedern.

Wenn die Antwort O-U. auf die letzte Aufgabe unbedingend ausfiel, so wäre auch ich dann unbedingt und mit der größten Ruhe für den Zollkrieg. Wir risikieren nicht viel; denn wir sind in keiner einzigen Hauptposition von O-U. abhängig. Die Uhren könnten am ehesten den Nachteil eines Zollkrieges zu spüren bekommen;

besonders, wenn sich O-U. entschließen würde, einen Extrazoll auf sie zu legen. Denn in O-U. kann nur gestempelte Ware eingeführt werden, sodaß es für unsere Industrie nicht leicht wäre, ihre Uhren auf Umwegen dort einzuführen. Neben den Uhren exportieren wir noch für 5 Millionen Franken Seidenwaren und für 3 Millionen Franken Käse nach O-U.; dann aber geht es schnell abwärts, sodaß wir sagen können, es hängt keine unsere Industrien ernstlich von O-U. ab; namentlich nicht, wenn der Zollkrieg nicht ewig dauert.

Hier können also ruhig abgefeuert, wenn die Antwort auf die letzte Anfrage unbefriedigend ausfällt.

Aber es würde sich gut machen, wenn wir den letzten Versuch für das Zustandekommen eines definitiven Vertrages einleiteten; dann wären wir an einem allfälligen Bruche nicht schuld und könnten mit gutem Gewissen erklären, die Schuld liege auf Seiten O-U.?

Herr Frey. Was Herr Dr. Eichmann vorschlägt, entspricht der Haltung Ihrer Delegation in Wien: Wir wollten nicht abbrechen, sondern nur unterbrechen. Wir haben die Frage klipp und klar an die ötr. Delegation gestellt: „Sind das eure letzten Konzessionen, wenn wir eure Forderungen erfüllen?“ Und die Antwort: „Gewiß, sonst wären wir auch nicht in der Lage, das zu halten, was wir bereits anerbieten haben.“ O-U. betrachtet die Zugeständnisse für das Holz nur als Äquivalent für seine Konzession auf Käse. Wie man dann noch Zugeständnisse auf unsere Industrieprodukte erhalten will, ist mir unbegreiflich. „Was wir euch auf dem Käse geben, müßt ihr auf dem Holz bezahlen“, heißt es immer bei O-U. Man täuscht sich sicher ganz gewaltig, wenn man heute von der Offerte des Status quo für das Holz von O-U. genügende Konzessionen für unsere Industrien erwartet. Als Antwort erhielten wir vielleicht eine Herabsetzung der Seidenzölle um 50 Kronen, des

Maschinenvolles um 50 Kreuzer und sogar vielleicht noch eine Kleinigkeit für Baumwolle; aber etwas anderes käme nicht.

Herr Hüngli: Aber das ist möglich, daß es zu Differenzen zwischen Roepler und Beck käme. (Roessler ist Lektorschef im k.k. Handelsministerium; Beck Lektorschef im k.k. Ackerbauministerium.)

Herr Dr. Laur findet einen Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Dr. Eichmann: Wenn Herr Dr. Eichmann glaubt, auf 15 Rappen mehr oder weniger komme es beim Folge nicht an, so kann ich hier erklären, daß die Sache von den Interessenten ganz anders beurteilt wird. Der Status quo würde dem Vertrage ganz gewaltige Schwierigkeiten bereiten. Andererseits scheint mir eine Überschätzung der Holzölle auf Seiten O-U. zu liegen.

Ich habe während der Unterhandlungen das Gefühl nie losbekommen können, daß wir das, was wir für die Industrien erobern wollen, nur durch den Gesamtdruck bekommen werden. Ob Zollkrieg oder nicht, das wirkt entscheidend. Aber daß wir mit einzelnen Positionen etwas erreichen werden, halte ich für vollständig ausgeschlossen. Mit dem Folge würden wir wohl unsere Position etwas verstärken; aber die Entscheidung liegt einzig und allein darin, ob Zollkrieg oder nicht.

Ich möchte deshalb bitten, daß man bei allen weiteren Erwägungen des Holzölles vom Status quo abstehe. O-U. hat von Deutschland auch 90 Rp. angenommen, und doch ist die Lage der Lagerien dort viel schwieriger als bei uns. Unter 85 Rappen sollte man unter keinen Umständen gehen; denn ich bin überzeugt, daß wir nicht Gleichwertiges dafür bekämen.

Auf Käse eine genügende Konzession zu bekommen, das hängt von unserer Willen ab.

Herr Ruchet möchte alles versuchen, um einen Bruch zu vermeiden. Wenn es nicht möglich sei, einen definitiven

Vertrag innerhalb möglicher Frist, so sei ein Provisorium anzustreben.

Herr Dr. Eichmann fragt an, was geschehen soll im Falle eines Zollkrieges mit den Zöllen auf Zucker, Malz usw., ob man nur die Generaltarife anzuwenden gedente oder ob man Differenzialzölle aufstellen wolle.

Herr Frey. Hier sind mit Herrn Bundespräsident Buchet einig, daß man alle möglichen Konzessionen machen solle; aber über die Grenzen des Möglichen hinaus darf man nicht gehen. Was muß uns ein Vertrag, der unsere Export unterbindet? Den Zollkrieg sucht niemand. Aber wenn O.-U. nicht weiter nachgeben kann, dann ist der Bruch die einzige Lösung.

Natürlich mußte ein Zollkrieg mit dem Mittelern geführt werden, die einzig zum Erfolge führen können. Unser Generaltarif wäre ungenügend. Die Einfuhr aus O.-U. mußte mit einem Schlage abgeschnitten werden; denn ganz dasselbe wird O.-U. uns gegenüber auch machen.

Herr Dr. Eichmann stellt die Frage an Herrn Dr. Laur, ob wir das Malz in genügender Menge aus Deutschland beziehen könnten. O.-U. liefert uns jährlich etwa 400.000 q Malz; aus Deutschland kommt verhältnismäßig wenig. Das sei ein äußerst empfindlicher Punkt.

Herr Frey hat die Überzeugung, daß unser Bedarf in kürzester Zeit von anderer Seite gedeckt werden könnte. Es handle sich beim böhmischen Malze mehr um die Qualität als um die Quantität.

Herr Dr. Eichmann verspricht sich nicht mehr viel von einer Interessentenversammlung; die Leute hätten bereits deutlich gesagt, wie weit sie gehen können, und die Positionen seien zum Teil so kompliziert, daß man sich nicht genügend ansprechen könne; die Zeit sei zu kurz und die Versammlung zu groß.

Herr Deucher will die Interessenten unbedingt hören,

bevor er sich entscheiden kann.

Herr Frey verspricht sich nichts von einem allgemeinen Meinungsaustrausche; aber einige Interessenten wären doch noch zu vernehmen, vielleicht diejenigen für: Farben, Baumwollgarn, Maschinen, Seide, Strickereien, Schokolade.

Herr Deucher. Herr Frey hat vorher gesagt, wir seien mit den Industriezöllen noch nicht am Ende angelangt. Die Herren Frey und Dr. Lauer sollen mit den Leuten zuerst Rücksprache nehmen, und erst dann wäre eine gemeinsame Besprechung anzuordnen. Der Bundesrat kann nicht verzichten, bevor er die Interessenten gehört hat.

Herr Frey schlägt vor, Herr Dr. Eichmann möge an den Vorbesprechungen teilnehmen.

Herr Dr. Eichmann: Es scheint nichts dabei heraus; die einzelnen Industriellen wollen nicht weiter, als sie bereits gegangen sind.

Herr Deucher fragt an, ob es nicht angezeigt sei, die Frage im Bundesrat am nächsten Dienstag zu behandeln und O. U. vorläufig zu notifizieren, daß wir uns zum Provisorium auf den Boden unserer Delegation stellen und im übrigen im Falle sein, eventuell nächstens noch weitere Eröffnungen zu machen.

Herr Frey. Man kann das tun; wir haben es in Wien versprochen.

Herr Künzli. Sonst würde O. U. sagen, das sei nun die Abgabe unsererseits.

Herr Dr. Eichmann. Nach der großen Versammlung würde man dann erklären: Es ist nichts mehr zu machen. Es dürfte sich vielleicht empfehlen, mit der Note zugewarten bis nach der Besprechung mit den Interessenten. Auch Herr Dr. Lauer möchte solange zugewarten.

Herr Deucher schlägt den Ausweg vor, dem vtr. Gesandten vorläufig mündlich zu eröffnen, daß man bis Ende der Woche im Falle sein werde, sowohl für das Provisorium, als auch für den definitiven Vertrag unsere Entscheidungen mitzuteilen.

Herr Hüngli: Die ö.-u. Delegation hat uns jedesmal lächerlich gemacht, wenn wir uns auf die Interessen berufen wollten.

Herr Frey erklärt, dass er mit der Einvernahme der Interessen bis Mittwoch abend fertig sein werde, sodass er am Donnerstag mit fester Meinung zur Konferenz werde kommen können. Er hat noch den Wunsch, dass auch die Oberzolldirektion zur Besprechung eingeladen werde, weil man sich eventuell schlüssig machen müsse über den Zollkrieg. Auch Herr Boos-fighe sei zu benachrichtigen.

Herr Dr. Lamm macht darauf aufmerksam, dass O.-U. einen neuen Vorschlag zur Viehsteuerfrage gemacht habe, der sehr weit gehe und n. a. eine internationale Kommission vorsehe. - Für den Bauernverband seien die Herren Jenny und Felber zur Versammlung einzuberufen.

Herr Dencher gibt noch einigen Aufschluss über den Stand der Unterhandlungen mit Portugal, worauf die Konferenz geschlossen wird um 12 1/2 Uhr mittags.

Bern, 29. November 1905

Der Protokollführer:

Jakob Schmid